

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Sonderausgabe, 23. Oktober 2020



Abstimmung über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Liebe Bürger und Bürgerinnen,

die einen haben von vornherein aufgegeben, wir sozialdemokratischen Abgeordneten haben jedoch bis zur letzten Minute gekämpft, um die zukünftige europäische Agrarpolitik sozial und ökologisch fit zu machen. Erstmals ist es uns gelungen, Sozialstandards gegen Ausbeutung in landwirtschaftlichen Betrieben in EU-Agrarregeln zu verankern. Das ist ein schöner Sieg. Aber uns reicht das nicht.

Leider ist es uns nicht gelungen, die Agrarpolitik an den Europäischen Green Deal zu binden und damit einen neuen gesellschaftlichen Konsens für eine sozial-ökologische Wende in Europa durchzusetzen. Ebenso wenig findet sich eine starke Verbindung zwischen dem Pariser Klimaabkommen, damit die Landwirtschaft ihren gerechten Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise beiträgt, oder eine Gemeinsame Agrarpolitik, die der neuen EU-Artenschutzstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie gerecht wird. Diese fortschrittlichen Forderungen sind an einer Mehrheit aus Konservativen, Liberalen und Nationalisten gescheitert.

Zeitgemäße Landwirtschaftspolitik muss immer auch Umwelt-, Tierschutz- und Klimapolitik sein und die Belange der Landwirte im Blick haben. Mit den jetzt vorliegenden Vorschlägen wird die gestrige Agrarpolitik weitergeführt. Eine zukunftsorientierte Reform sieht anders aus. Deshalb bleibt mir trotz aller Bemühungen keine andere Wahl als gegen den jetzt vorliegenden Text zu stimmen.

Herzlichst

Mehr Schutz für Mensch, Tier und Klima. Nein zu dieser Agrarreform.

Stimmerklärung der Europa-SPD zur Agrarreform

Die Europa-SPD hat gegen diese Position des Europäischen Parlaments zur Agrarreform gestimmt. Wir wollen das Leben und Arbeiten rund ums Feld lebenswert, zukunftsfest und umweltfreundlich machen. Bei der künftigen Landwirtschaftspolitik der EU geht es vor allem darum, und unter welchen Bedingungen sie mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Eine entscheidende Zeit: Nur alle sieben Jahre entscheiden die EU-Institutionen über Reformen für die Verteilung von Geldern aus dem reichsten Budget-Top der Europäischen Union. Das Problem: Derzeit bekommen die größten Agrar-

betriebe das meiste EU-Geld, nicht diejenigen, die am nachhaltigsten oder sozialsten wirtschaften. Das muss sich dringend ändern.

Seit Jahren arbeiten wir für mehr Schutz von Mensch, Tier und Klima in der europäischen Agrarpolitik. Bis zur letzten Minute hat die Europa-SPD Vorschläge für eine tierfreundliche, soziale und nachhaltige Landwirtschaft eingebracht, während andere Fraktionen an der Startlinie aufgegeben haben.

Einer unserer Schwerpunkte ist ein Erfolg: Ausbeuter-Betriebe, die Lohndumping betreiben, sollen keine EU-Förderung mehr erhalten.

Für diese Architektur der Agrarpolitik haben wir uns stark gemacht. Nicht zuletzt der Skandal um Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie hat diese Notwendigkeit unterstrichen.

Allerdings wurden andere unserer roten Linien überschritten. Eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen hat entscheidende Punkte blockiert:

Es gibt keine enge Bindung der zukünftigen Agrarpolitik an das Pariser Klimaabkommen.

Die sogenannte „Farm-to-Fork-Strategie“ gegen Pestizid- und Antibiotika-Einsatz und für bessere



Produktions- und Lieferketten landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde nicht aufgenommen.

In den Vorschlägen fehlt die Biodiversitätsstrategie für Artenvielfalt

Blockiert wurden Förderhöchstgrenzen, die EU-Förderung von Agrarkonzernen auf kleine und mittlere nachhaltige Betriebe verlagern können.

Das bedeutet, dass das Hauptinstrument zur Umsetzung einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft und des europäischen Lebensmittelsektors losgelöst von

diesen beiden Strategien angewendet werden soll. Das ist ein schwerer Fehler. Wir unterstützen keine Agrarpolitik, die unserer Ziel ignoriert, Europa zum Wohl von Mensch, Tier und Umwelt klimaneutral zu machen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen trägt eine große Mitverantwortung: Nach den lobenswerten Aufschlägen zum Europäischen Green Deal hat sie den Reformvorschlag zur Landwirtschaftspolitik von ihrem Vorgänger Jean-Claude Juncker auf dem Tisch gelassen. Doch Landwirtschaft kann nicht

ohne Umwelt- und Klimaschutz gedacht werden.

Wir werden weiter Druck für eine Agrarreform machen, die die Ambitionen der Europäischen Union in Sachen Green Deal erfüllt. Denn noch ist nicht entschieden, wie Landwirtinnen und Landwirte für Klima- und Artenschutz belohnt, und gesunde Böden, Tiere und gute Arbeit auf dem Land besser unterstützt werden können. Darüber werden das Europäische Parlament, der Rat und die EU-Kommission jetzt weiter verhandeln. ■

Hintergrund: Der Vorschlag der EU-Kommission

Die Europäische Agrarpolitik mit ihrem Budget von 54 Milliarden Euro jährlich wird alle sieben Jahre reformiert. Der Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2018 zur GAP-Reform besteht aus drei Verordnungen. Phil Hogan hätte für die europäische Agrarpolitik ein Paradigmenwechsel werden können, wenn die Ausgestaltung progressiv passiert wäre. Durch die Idee, europäisch gesetzte Ziele (Klima, Umwelt, Tierschutz) durch Mitgliedstaaten in den sogenannten Strategie-

geplänen mit konkreten, zielgenauen Maßnahmen ausgestalten zu lassen, sollte die Forderung „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ Wirklichkeit werden. Die Mitgliedstaaten sollten auf Grundlage einer SWOT-Analyse ihre Maßnahmen und Gewichtungen erarbeiten. Grundlage müssten dabei immer die konkreten europäischen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele sein. Würde die Zielerreichung von der EU-Kommission mit Hilfe entsprechen-

der Indikatoren überwacht werden, könnten die Ergebnisse die Basis für die nächsten Schritte darstellen. Verstößen oder Zielverfehlungen würden Sanktionen durch die EU drohen. Die Gemeinsame Agrarpolitik sollte somit leistungsorientierter und angepasster werden. Grundsätzlich unterstützen wir diesen Ansatz. Mit den Abstimmungen in dieser Woche stand die Entscheidung über dieses neue Modell und über konkrete Inhalte und Ziele für die europäische Agrarpolitik an. ■

Die vier Etappen der Abstimmung

1. Zurückweisung des Vorschlages der EU-Kommission

Hauptsächlich von Grünen und Linken getragen. Mit 503 Stimmen abgelehnt (Zustimmung 166, Enthaltung 22)

2. Basiskompromiss der Fraktionen S&D, EVP und RE in drei zentralen Bereichen der GAP

- Budget der GAP
- Konditionalität
- Kein Rechnerischer Klimaschutz

3. Abstimmung der weiteren Änderungsanträge der S&D-Fraktion

- Obergrenze von 60.000 Euro bei Direktzahlungen pro Betrieb
=> *Der Antrag fand keine Mehrheit.*
- Enge Bindung der GAP an Pariser Klimaabkommen, den Green Deal, die Farm-to-Fork-Strategie und an

die Biodiversitätsstrategie; Ablehnung einer stärkeren Wettbewerbsorientierung; Stärkung der Kontrollmechanismen

=> *Keine verbindlichen CO2-Reduktionsziele, keine Sicherstellung der aktuellen Klima- und Umweltschutzziele, keine Verbindung der GAP zum Green Deal.*

- Keine EU-Förderung für Betriebe, die Lohndumping betreiben
=> *Der Antrag fand als einer der wenigen progressiven Punkte eine Mehrheit.*

- Keine öffentlichen Gelder für Massentierhaltung; Ausrichtung der Zahlungen an Klima-, Umwelt- und Tierschutz.

=> *Der Antrag fand keine Mehrheit.*

4. Schlussabstimmung

Unsere rote Linie, die Agrarpolitik an den Europäischen Green Deal zu binden, wurde gerissen. Eine Mehrheit aus Konservativen, Liberalen und Nationalisten hat gegen unsere wichtigste Bedingung gestimmt. Andere Fraktionen haben vorzeitig aufgegeben.

Es gibt einen neuen gesellschaftlichen Konsens für eine sozial-ökologische Wende in Europa: den Europäischen Green Deal. Dieser Wille zur Veränderung und Handlungsbereitschaft spiegelt sich in dieser Parlamentsposition leider nicht wider.

Ein detailliertes Papier der SPD-Gruppe ist abrufbar unter: <https://www.spd-europa.de/nachrichten/mehr-schutz-fuer-mensch-tier-und-klima-nein-zu-dieser-agrarreform>